Ä13 zu EP-FR-01: C – WAS FRIEDEN SCHÜTZT

Antragsteller*innen Sava Stomporowski

Antragstext

Von Zeile 339 bis 346:

~~Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Gerade in unsicheren Zeiten wollen wir die Rüstungskontrolle stärken und Abrüstungsinitiativen fördern. Die EU muss sich für eine Stärkung des Vertrags zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) einsetzen und ihre Mitgliedstaaten zum schrittweisen Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag sowie zum Bekenntnis zu Vision Global Zero ermutigen. Das Ziel unserer Bemühungen bleibt eine atomwaffenfreie Welt.~~ Das Ziel unserer Bemühungen bleibt langfristig eine atomwaffenfreie Welt in der wir Rüstungskontrollen stärken und Abrüstungsinitiativen fördern. Abrüstung und Rüstungskontrolle können wir nur gemeinsam mit China, Russland, Iran, Saudi-Arabien, Indien und Pakistan sowie anderen Staaten vereinbaren, um Sicherheit für alle zu erzielen. Jedoch hat sich die Welt mit dem russischen Angriffskrieg nach dem 24. Februar 2022 verändert. Die Ukraine hatte mit der Unterzeichnung des Budapester Memorandums ihre Atomwaffen und Abschussrampen gegen Sicherheitsgarantien abgegeben. Dennoch wurden diese Garantien vom Aggressor Russland nicht eingehalten. Bestrebungen von Diktaturen setzen regionale Nachbarstaaten der Gefahr aus, sich der Willkür imperialer oder hegemonialer Ambitionen fügen zu müssen. Das dürfen wir nicht zulassen.
Iran liefert Russland Drohnen und baut auf russischem Boden eine Fabrik zur Herstellung von Drohnen. Nordkorea und Russland haben eine verstärkte Zusammenarbeit angekündigt, um Waffengeschäfte, wie Munition und Raketentechnoliegen, zu verstärken. Eine Stärkung des Vertrags zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) ist beim Iran gescheitert. Der Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA, war eine große Hoffnung, um die Gefahr einer iranischen Bombe zu bannen und um ein kontrolliertes Herunterfahren seiner nuklearen Aktivitäten gegen eine schrittweise Aufhebung von Wirtschaftssanktionen zu kontrollieren. Ein „Wandel durch Handel“ ist leider kein Automatismus, um internationale Beziehungen zu verbessern und Menschenrechte zu stärken. Vielmehr müssen wir darauf achten, Diktaturen und Autokratien nicht durch Handelsbeziehungen zu stärken, die innenpolitische Veränderungen verhindern. Wenn

definierte Ziele und vereinbarte Schritte nicht eingehalten und sukzessive verbessert werden, müssen Konsequenzen gezogen werden.
Aktuell sehen wir weder reelle Chancen erfolgreiche Abrüstungsgespräche zu führen, noch eine realpolitische Option innerhalb des NATO-Bündnisses unsere nukleare Teilhabe aufzugeben, ohne uns der Gefahr von russischen Angriffen auszusetzen. Heute stehen wir vor der Notwendigkeit umfassende sicherheitspolitische Maßnahmen innerhalb der EU und NATO zu festigen und die Ukraine sowie weitere Anwärter aufzunehmen, um unsere demokratischen Freiheiten in der europäischen Union sowie eine multilaterale Ordnung zu bewahren.